

Regine Aeppli will die Lehrer entlasten

Reformen und hohe Ansprüche setzen den Lehrpersonen zu. Die Bildungsdirektorin lanciert jetzt einen runden Tisch, um die Situation zu entschärfen. Kosten darf die Hilfe aber nichts.

Von **Daniel Schneebeli**

Zürich. – Die Zürcher Schulen sind Baustellen. Seit dem Ja zum Volksschulgesetz 2005 müssen etliche Reformen gleichzeitig umgesetzt werden: Schulleitungen, Blockzeiten, Elternmitarbeit, neue Aufsicht und – was für die Lehrkräfte besonders anstrengend ist – die Aufnahme von schwierigen Schülern in die normalen Klassen (integrative Förderung). Bis 2011 müssen alle Neuerungen eingeführt sein.

Es zeigt sich immer mehr, dass der Zeitplan der Zürcher Bildungsdirektion ehrgeizig ist. Die Klagen der Lehrpersonen sind in den letzten Monaten lauter geworden. Im Frühling bekamen sie Unterstützung von den Schulbehörden. Man werde von der Bildungsdirektion nicht ernst genommen, sagte Johannes Zollinger (EVP), Schulpräsident aus Wädenswil

im März gegenüber dem TA. Die für ihre Kampfeslust bekannte Horgner Schulpräsidentin Irene Schneider (SVP) beschuldigte die Bildungsdirektorin gar, für die Misere persönlich verantwortlich zu sein. Sie sei für die Gemeindebehörden nie erreichbar.

Gestern hat Aeppli reagiert. Sie kündigte vor den Medien einen «runden Tisch plus» an. Er wird geleitet von dem Luzerner Organisationsberater Beat Bucher. Ziel der Bildungsdirektion ist es, gemeinsam mit Lehrerverbänden, Schulbehörden und Gewerkschaften die Arbeitsbelastung an den Schulen zu analysieren. Bis Herbst 2010 soll der runde Tisch plus Massnahmen vorschlagen, mit denen die Situation entschärft werden kann. Sie wolle an dem Tisch bewusst nicht als Gastgeberin auftreten, sagte Aeppli. Denn die Bildungsdirektion sei Akteurin, die mit Vorwürfen aus den

Schulen eingedeckt werde. Für die Bildungsdirektorin geht es vor allem darum das Vertrauen zwischen der Zentralverwaltung und den Leuten an der Front zu stärken. «Unser Verhältnis ist heute zu stark von Misstrauen geprägt.»



«Unser Verhältnis ist heute zu stark von Misstrauen geprägt.»

REGINE AEPPLI (SP)

Zwei Bedingungen machte Aeppli aber dennoch: Erstens stehen die vom Volksschulgesetz vorgeschriebenen Reformen nicht zur Diskussion – «aus Respekt vor dem Volksentscheid». Zweitens dürfen allfällige Massnahmen keine Mehrkosten verursachen. Möglich seien aber finanzielle Umlagerungen vom einen in den anderen Bereich.

Bei den Lehrerverbänden und Schulbehörden stösst der «runde Tisch plus» auf Zustimmung. Für Johannes Zollinger, der als Präsident der Zürcher Schulpräsidenten gestern dabei war, ist dies ein markanter Schritt in eine gute Richtung. «Ich wünsche mir ein Jammer-

moratorium bis Ende 2010», sagte Zollinger. Er hoffe, dass die Zukunft angepackt und nicht die Vergangenheit beklagt werde – und dass es am runden Tisch keine Tabu-Themen geben werde.

Lehrer wollen weniger Lektionen

Auch aus der Lehrerschaft kamen hoffnungsvolle Signale. «Wir sind für eine moderne Schule und werden aktiv mitdiskutieren», sagte Lilo Lätzsch vom Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV. Sie listete auch gleich einige ihrer Forderungen auf: 26 statt 28 Wochenlektionen und eine Klassengrössenbremse, die es nicht zulässt, dass Anfang Schuljahr Klassen mit mehr als 25 Kindern gebildet werden.

Für Jürg Maag von der Lehrpersonenkonferenz ist es vordringlich, dass das Reformtempo gedrosselt wird. Und Peter Gerber vom Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter hofft, dass die Debatten nicht an Aepplis Vorgaben scheitern: «Neben einem Jammerratorium hätte ich gerne ein Sparmoratorium.» Beteiligen am runden Tisch will sich auch der VPOD, obwohl die Grenzen für Sekretär Urs Loppacher sehr eng gesteckt sind. Ebenfalls am «runden Tisch plus» teilnehmen wird der reformkritische Verband SekZH.